

Zum Marschhalt im Zeughaus

ZEUGHAUSAREAL Im Gemeinderat äusserten sich die Parteien zur Antwort des Stadtrats zur Zukunft des Zeughausareals. Das Nein des Stimmvolkes wird ganz unterschiedlich interpretiert. Der Stadtpräsident schielt bereits auf das Land der Armasuisse.

Nach dem Nein des Volkes zur Zeughausabstimmung beschloss der Stadtrat, die Entwicklung des Areals 20 Jahre lang ruhen zu lassen. Darüber sind nicht alle Parteien begeistert. Denn für die linke Ratsseite ist klar: Das Nein des Volkes ist so zu deuten, dass man dort lieber günstigen Wohnraum sähe. Die bürgerlichen Parteien dagegen teilten eher die Interpretation des Stadtrates, wonach man derzeit einfach kein weiteres Bauprojekt will.

Als Erster nahm Reto Diener (Grüne) Stellung. Er hielt einen Gestaltungsplan für sinnvoll.

«Man darf jetzt nicht stillstehen, nur weil man ein paar 10 000 Franken in die Planung investieren müsste.» Dass nun, wie vom Stadtrat geplant, die Privatschule SalZH das Baurecht erhalte, entspreche nicht den ursprünglichen Absichten. Er stellte deshalb ein Postulat in Aussicht, das fordert, dass die Baurechtsverträge transparent gemacht werden und vor den Gemeinderat kommen.

Auch die SP will keinen Stillstand: «Würde man einen Teil des Landes einer Genossenschaft im Baurecht abgeben, würden keine Kosten entstehen. Im Gegen-

teil, es gäbe Baurechtszinsen in der Kasse», sagte Christoph Baumann.

Armasuisse bietet Hand

Zudem verwies er auf eine Interpellation, die seine Parteikollegin Jacqueline Fehr im Nationalrat eingereicht hatte. Dort ging es darum, wie der Bund Armasuisse für die Verhandlungen mit der Stadt Winterthur beauftragt. Die Antwort lautet, dass Armasuisse Hand bieten würde, falls die Stadt auf dem Areal gemeinnützigen Wohnungsbau ermöglichen will. Entsprechend sah Baumann nun die Stadt am Zug. Er wisse, dass der Dachverband Wohnbaugenossenschaften interessiert daran sei, auf dem Areal eine Überbauung zu realisieren.

Kathrin Cometta (GLP) dagegen fand, es brauche im Moment keine weitere genossenschaftliche Nutzung. «Es ist richtig, jetzt hier den Fuss vom Gaspedal zu nehmen.» Auch Werner Steiner (SVP) stellte sich hinter den Marschhalt. Franco Albanese (CVP) meinte an die Adresse der Linken, sie könnten sich als «Baurechtsbeschwörer» ja an der beschlossenen Zwischennutzung erfreuen. Felix Helg (FDP) fand die Interpretation des Abstimmungsergebnisses durch die Grünen eigenwillig. «Es wurden schliesslich Umzonung und Verkauf abgelehnt. Das heisst doch, dass das Volk eine gemächlichere Gangart wünscht.»

Stadtpräsident Michael Künzle

sah dies ebenso. Er verwies zudem auf andere Prioritäten: «Für uns ist vor allem wichtig, dass das Werk 1 und die Planungszone Neuhegi entwickelt werden», sagte er. Zudem finde er nicht, dass die Stadt zu wenig bezahlbaren Wohnraum habe. «Denken Sie nur an all die Stefanini-Liegenschaften.»

Künzle verhandelt mit Bern

Zum Land, das der Armasuisse gehört, sagte er, die Stadt wolle dieses Land kaufen und so die volle Handlungsfreiheit haben. «Zwar hat die Armasuisse dies bisher abgelehnt, aber in jüngsten Gesprächen gab es ein gewisses Entgegenkommen. Wir wollen in Bern weiter auf einen Verkauf hinwirken.» *Mirjam Fonti*